

Bierfähriger Abonnementspreis  
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto  
2 Thaler 11½ Sgr. Insertionsgebühr für den  
Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift  
1¼ Sgr.

Expedition: Breitenstraße Nr. 20.  
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten  
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf  
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal  
erscheint.

# Breslauer



# Zeitung.

## Mittagblatt.

Mittwoch den 11. Februar 1857.

Nr. 70.

### Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 10. Februar. Der heutige „Moniteur“ meldet, daß der Graf Mortier, Kammerherr des Prinzen Jerome, seine Demission erhalten habe.

Paris, 10. Februar, Nachm. 3 Uhr. Die 3pGt. eröffnete zu 68, 35, wuchs auf 68, 20, hob sich wieder auf 68, 30 und schloss unbelebt und matt zur Notiz. Eisenbahn-Aktien und Wertpapiere waren angeboten. Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleich lautend 93½ eingetroffen. Schluss-Course:

3pGt. Rente 68, 25. 4½pGt. Rente 94, 90. Credit-Mobilier-Aktien 1342. 3pGt. Spanier 36½. 1pGt. Spanier 24. Silber-Anleihe 89½. Oesterl. Staats-Eisenbahn-Aktien 763. Lombard. Eisenbahn-Aktien 653.

London, 10. Februar, Mittags 1 Uhr. Consols 93½.

Wien, 10. Februar, Mittags 12½ Uhr. Der Ausweis der Einnahme

der Nordbahn ergibt für den Monat Januar 756,000 Fl.

Silber-Anleihe 92. 5pGt. Metalliques 84½. 4½pGt. Metalliques 74½. Bank-Aktien 1036. Bank-Inter-Scheine —. Nordbahn 223½. 1854er Loos 111. National-Anleihe 86%. Staats-Eisenbahn-Aktien 241. Credit-Aktien 283. London 10, 10. Hamburg 77½. Paris 122. Gold 8. Silver 4½. Elisabetbahn 101. Lombard. Eisenbahn 125. Theißbahn 100%. Centralbahn —.

Frankfurt a. M., 10. Februar, Nachmittags 2 Uhr. Oesterl. Creditaktien etwas matter, sonst sehr fest, theilweise höher. Schluss-Course:

Wiener Börsel 114½. 5pGt. Metalliques 81%. 4½pGt. Metalliques 72. 1854er Loos 105%. Oesterreich. National-Anleihe 83. Oesterl. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 274%. Oesterl. Bank-Antheile 1183. Oesterl. Credit-Aktien 193½. Oesterl. Elisabetbahn 199. Rhein-Nahe-Bahn 9½.

Hamburg, 10. Februar, Nachm. 2½ Uhr. Börse sehr geschäftlos.

Schluss-Course:

Oesterreich. Loos —. Oesterreich. Credit-Aktien 144. Oesterreich.

Eisenbahn-Aktien 100%. Norddeutsche Bank 97½. Wien 75%.

Hamburg, 10. Februar. [Gretedemarkt] Weizen loco unverändert, pr. Frühjahr ohne stille, pr. Frühjahr angeboten. Roggen loco unverändert, pr. Frühjahr ohne stille, pr. Frühjahr 32, pro Frühjahr 33, pr. Herbst 30½. Kaffee unverändert, fest.

Liverpool, 9. Februar. [Baumwolle.] Der heutige Umsatz in

Baumwolle belief sich auf 18,000 Ballen; Preise unverändert aber sehr fest.

### Telegraphische Nachrichten.

Paris, 9. Februar. Der preußische Gesandte, Graf Hassfeldt, welcher von seiner Unpässlichkeit wieder hergestellt ist, wurde heute nach den Tuilerien gerufen, wo er mit dem Kaiser eine Konferenz über die neuenburger Angelegenheit hatte.

Aus London ist hier eine Baaresendung im Betrage von 22 Millionen

Frankreich eingetroffen.

Die Dampfkörte Salamander hat Sheerness verlassen, um sich nach dem persischen Golfe zu begeben.

Der Phylades, Terryble, Nemrod und Cyclops sind von Portsmouth nach Kanton abgegangen.

London, 9. Februar. In der soeben stattfindenden Nachsitzung des Unterhauses wird die Bill, welche die Transportwieder einführt, allgemein genehmigt. Palmerston ist noch unwohl; wenn sich derselbe zur morgigen Sitzung wieder befindet, wird Disraeli Erläuterungen über den von ihm in der Adress-Debatte erwähnten Geheim-Traktat Frankreichs geben. Im Oberhaus verspricht Clarendon Vorlegung der Dokumente in Betreff

den Ernst, den die Möglichkeit des lebendig Begrabenwerdens doch haben müsse. Außerdem wisse er, daß die Sterblichkeitsstatistik bisher und ohne eine regelmäßige Leichenschau jeglichen soliden Fundaments entbehre. Er hätte gewünscht, daß der Minister sich einer sachverständigen Prüfung des Antrages geneigter gezeigt hätte und unterstütze in diesem Sinne den Vorschlag des Vorredners auf Überweisung an das Ministerium.

Nachdem der Berichterstatter, Abg. Steinbeck, noch einige Worte gegen den Nutzen, den die Krankheits-Statistik aus den Sterbelisten ziehen könne, geäußert, wird der Übergang zur Tagesordnung, für den die Rechte und die Katholiken sich erheben, beschlossen. Einige

der bekannten Petitionen gegen das Jagdgesetz von 1848, für welche die Kommission Überweisung an das Ministerium zur Erwägung empfiehlt, gibt dem Abg. v. d. Horst Anlaß zu mehreren energischen

Worten, über das Gesetz vom 31. Oktober, dessen Kern die revolutionäre Volksbewaffnung und Bandenbildung sei. Er beantragt Überweisung an das Ministerium zur baldigen Erledigung. Berger entgegnet mit der Hinweisung auf ähnliche „elastante Rechtsverletzungen“, z. B. die Säcularisation, für welche seitens der Rechte kein so lebhafte Rechts-Gefühl existire. Mathis bgeantragt Übergang zur Tagesordnung. Man äußere sich aufs bestfeste gegen das Gesetz von 1848, aber was solle denn geschehen, um jenes „Unrecht“ zu führen? Etwa die Entschädigung, welche auf 11 Millionen berechnet worden sei? Wer für diese zu stimmen, den Muth habe, möge gegen die Tagesordnung sich erheben. v. Mitschke-Kollande, Jagdrecht und Gerichtsbarkeit sei 1848 den Gutsbesitzern entzogen worden, aber warum petitioniere man immer nur für ersteres? Etwa weil nur dies Geld und Vergnügen gemacht, die zweite aber Kosten und Opfer erheischt? Jenes Unrecht von 1848 habe gute Folgen gehabt, es habe die Beschädigten unter sich einig und stark gemacht, er erinnere an Bülow-Cummerow. Er wolle allerdings Gerechtigkeit und Wiederherstellung des Rechts, aber, gewarnt durch die jüngsten Erfolge der Bestrebungen für Wiederherstellung der Polizeigerichtsbarkeit, wolle er sich der eignen Bemühungen darum enthalten. Reichensperger. Die

Hyperbolisirung der Hyperbel, welche der erste Redner (v. d. Horst) aufgeboten, schade der Sache. Warum habe man denn gegen die „schreiende Unrecht“ erst zu petitionieren gewagt, als die revolutionären Massen sich verlaufen? Warum nicht bei Zeiten gegen das Gesetz von 1848 gewirkt, wie Aehnliches mit gutem Erfolge bei der so viel verschrienen frankfurter Versammlung geschehen? Wagener (Neustettin). Er habe 1848 schon, wie heute, gegen jenes Gesetz protestirt, und er erinnere auch heute wieder, wie schon früher, an die leider unterdrückte Kabinettsordre, welche schon damals den durch das gleichzeitige Gesetz beschädigten vollen Ersatz versprach. Man hat 1848 geschwiegen, weil man es nicht für anständig hielt, sich an eine Versammlung, wie die damals tagende, bittend zu wenden. (Lebhafte Bravo zur Redten.) — Wenzel. Dem Vorredner sei nicht die Ehre geworden, in eine Versammlung gewählt zu werden, in der der Prinz von Preußen gesessen habe. Wäre ihm die Ehre geworden, er würde dann heute nicht Ausdrücke, wie den eben gehörten, gebrauchen, die über alles parlamentarische Maß hinausgingen, er würde dann nicht Männer schmähen, die damals unter mannigfachem Opfern und Be schwerden ihre patriotische Pflicht gethan. — Der Chef des landwirtschaftlichen Ministeriums wiederholt die Erklärung, welche der Ministerpräsident jüngst abgegeben, daß nämlich die Regierung der Angelegenheit ihre ernste Erwägung widme. Er erklärt, für den Antrag der Kommission stimmen zu wollen, da, wenn auch den Ausführungen derselben einige Überschwänglichkeit vorgeworfen worden sei, den heute in der Verhandlung laut gewordenen Generalausführungen wohl das Gleiche nachgesagt werden könnte. Marcard: Die sittliche Entrüstung des Herrn Wenzel veranlaßte ihn zu einer Entgegnung. Er habe die Nationalversammlung durch den Namen einer erhabenen Person decken wollen, aber dann sei doch zu fragen, wie habe diese Versammlung gegen jene erhabene Person sich befragt und sei letztere mehr als einmal Mitglied dieser Versammlung gewesen? (Der Präsident verweist den Redner zur Sache). Nachdem noch Dr. v. Gerlach sich für den Antrag v. d. Horst erklärt, Wagener seine Neußerungen dahin interpretirt, daß man es nicht für anständig gefunden, der Majorität jener Versammlung sich bittend zu nähern, und eine Reihe persönlicher Bemerkungen von Berger, Reichensperger, Wenzel, v. Mitschke sich daran geschlossen, wird von sehr großer Majorität (Fraktion Büchtemann stimmt mit der Linken, den Katholiken und der Fraktion Nibold) der Übergang zur Tagesordnung pure beschlossen.

Der Justizminister reicht den den Landtagen bereits vorgelegten Art in Preußen, d. B. in Stettin, an, so wie den Widerstand, welchen die Regierung selbst einem Vorschreiten in dieser Reform leiste. Die Ausgaben, die für Preußen notwendig würden durch eine durchgehends organisierte Leichenschau, beließen sich auf ca. 200,000 Thlr.

und auch diese Summe würde nur zum geringsten Theile vom Staate selbst zu tragen sein. Nach französischen Berechnungen käme auf 650 Todesfälle ein Scheintod, also fänden nach diesem Maßstabe in Berlin

jährlich 20—25 Fälle von lebendig Begrabenwerden statt. Der Nutzen, den die Mortalitätsstatistik aus einer regelmäßigen Leichenschau zu ziehen habe, sei ebenfalls der bedeutendste. — Der Kultusminister: Von dem Leichenverbrennungspolitik vor diesem hohen Hause noch besonders zu sprechen, sei wohl nicht nötig. Der sonstige Antrag scheine allerdings sehr wichtig, ständig aus. Daß ein österreichischer Arzt Oesterreich vor Preußen voranstellt, sei wohl nicht zu verwundern, auch gebe es ja Aerzte, die mehr mit Todten als mit Kranken zu thun hätten — ob gerade in den weiten Steppen Ungarns an jedem Todtenbett ein Arzt siehe, mögliche er in etwas bezweifeln. Die Angehörigen würden besser und sorgsamere Richter über den Tod und dessen Gewißheit sein, als eine amtliche Schau. Er empfiehle deshalb den Übergang zur Tagesordnung. v. Patow: Die Errichtung von Leichenhäusern spreche für

Gemeinde, unterzeichnet worden sei, giebt Lette Anlaß darauf hinzuweisen, daß diese zahlreiche und wohlhabende Gemeinde alle Erfordernisse des Allg. Landrechts für die Korporationsrechte besitze, daß also wohl noch andre Erfordernisse an Glaubensnormen von der Regierung aufgestellt sein müßten, die er zu kennen wünsche. Der Kultusminister: Die Angaben der Petition über die Verhältnisse der Gemeinde möchten wohl nicht ohne Weiteres als bestehend zu betrachten sein, die Erfordernisse des Landrechts bedingten nur die Dulbung seitens der Behörden, und diese sei der betreffenden Gemeinde gewährt. Er bitte, die Angelegenheit, wie ähnliche, der Erwägung der Regierung zu überlassen. Lette: Die Reformation sei Beweis von der Wichtigkeit einer freien religiösen Entwicklung, und in dieser Rücksicht wünsche er eine größere Aufmerksamkeit des Hauses für solche Gesuche. von Gerlach: Auch das Jahr 1848 sei theilweise zurückzuführen auf die schwächliche Nachgiebigkeit, die man vorher der Sektenentwicklung gezeigt. Nachdem noch der Reg.-Kommissar, Reg.-R. Ribbeck, darauf hingewiesen, daß der Beweis einer Übereinstimmung des Glaubensbekennisses dieser Gemeinde mit dem der sog. apostolisch-katholischen Kirche fehle, geht das Haus zur Tagesordnung (nur die Linke stimmt gegen dieselbe).

Die Sitzung schließt um 2½ Uhr, die nächste findet Freitag 11 Uhr statt; der Post- und Telegraphen-Etat, der des Handelsministeriums und der Bergwerks-Gesetzentwurf steht auf der Tagesordnung.

Berlin, 10. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben alljährlich geruht: Den Ober-Bau-Inspectoren Giese in Trier, Pohlmann in Königsberg i. Pr., Keller in Sigmaringen, Treplin in Potsdam und Montje in Münster den Charakter als Baurath zu verleihen; und den Konrektor am Gymnasium zu Nordhausen, Professor Dr. Friedrich Karl Theiß zum Rektor des Stiftsgymnasiums in Zeitz zu ernennen.

Dem Kaufmann J. S. F. Prillwitz in Berlin ist unter dem 6. Februar 1857 ein Patent auf eine Jacquard-Vorrichtung zur Benutzung von Musterpapier, in Stelle der sonst gebräuchlichen Musterpappen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung, und ohne Zeichnung in der Verwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 2. Klasse 115. königlicher Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 2000 Thlr. auf Nr. 44,760. 2 Gewinne zu 200 Thlr. fielen auf Nr. 2206 und 38,278, und 5 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 5735. 17,356. 19,865. 55,401 und 81,692.

Berlin, 10. Febr. Se. Majestät der König empfingen gestern Vormittag die gewöhnlichen Vorträge und arbeiteten nach der Tafel mit dem Ministerpräsidenten, heute Vormittag 10 Uhr nahmen Sie im hiesigen Schlosse die Meldungen mehrerer Offiziere entgegen. Mittwoch wird bei Ihren königlichen Majestäten in der Bildergalerie und im weißen Saale des königl. Schlosses Cour und Ball stattfinden.

— Ihre königl. Hoheit die Prinzessin von Preußen wird am Donnerstag nach Weimar reisen, einige Wochen am großherzogl. Hofe verweilen und alsdann von dort nach Koblenz zurückkehren. Se. kgl. Hoheit der Prinz von Preußen gedenkt am Sonnabend nach Weimar abzureisen und nach dem Geburtstage Ihrer königl. Hoheit der verwitweten Frau Großherzogin (11. Febr.) nach Berlin zurückzukehren. (N. Pr. 3.)

— Der Geh. Ober-Regierungsrath Lüdemann, welcher durch eine gefährliche Krankheit, eine hartnäckige Rose, deren Gefahr durch mehrfache Wiederholungen noch gesteigert worden, Monate lang an das Zimmer und an das Bett gefestelt war, ist jetzt wieder gänzlich berge stellt, so daß er demnächst die Leitung seiner Geschäfte wieder übernehmen wird. Letzterer hat während seiner Krankheit, wie bereits früher erwähnt, der Regierungsrath v. Möller vorgestanden.

— Am Sonnabend Mittag stand auf dem Übungplatz der Feuerwehr in der Breitenstraße eine große Vorstellung und Übung der hiesigen Feuerwehr vor dem Polizei-Präsidenten von Königsberg, Hrn. v. Maurach, und einem der dortigen Stadtbauräthe statt. Die beiden Herren sind hieher gekommen, um sich von den Leistungen unserer Feuerwehr zu überzeugen, da in Königsberg nach dem Muster derselben ebenfalls eine Feuerwehr errichtet werden soll. — In der neuen Strafanstalt bei Moabit ist die Isolierung der Gefangenen nunmehr vollendet; die Zahl derer, welche zur Einzelhaft bestimmt sind, beträgt 300.

# Berlin, 9. Februar. [Aus dem Abgeordnetenhouse.] Die Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs über Scheidungen hat ihren Bericht erstattet, nach welchem mit 14 gegen 6 Stimmen, unter denen sich die der beiden katholischen Mitglieder befinden, die Regierungsvorlage mit einigen wesentlichen Änderungen zur Annahme empfohlen wird. Die vorgeschlagenen Änderungen bestehen zunächst in der Beibehaltung von vier Scheidungsgrundlagen, welche der Entwurf aufgegeben wissen wollte, nämlich:

1. Habsstarre und fortduernde Versagung der ehelichen Pflicht;
2. Naserei und Wahnsinn, wenn sie über ein Jahr ohne wahrscheinliche Hoffnung auf Besserung fortduern;
3. Unverträglichkeit und Zankucht bis einem Grade der Bosheit, daß sie des unschuldigen Ehegatten Leben oder Gesundheit in Gefahr setzen;
4. wissenschaftlich falsche Anschuldigung grober Verbrechen.

Es sollen hiernach nur folgende Scheidungsgründe gänzlich wegfallen:

- a. gegenseitige Einwilligung; b. heftiger und tief eingewurzelter Widerwille; c. blos verdächtiger Umgang gegen richterlichen Be fehl; d. mangeler Nachweis des unbescholtenen Wandels eines Ehefrau, welche sich von ihrem Manne entfernt hatte; e. Un-

